Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten

Band 19

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:
Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Walter Süß, Roger Engelmann
Jens Gieseke

Wolfgang Buschfort

Parteien im Kalten Krieg

Die Ostbüros von
SPD, CDU und FDP

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch.Links

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden,
geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage, September 2000

© Christoph Links Verlag GmbH

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

Internet: www.linksverlag.de

Umschlaggestaltung: KahaneDesign, Berlin, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv des BStU mit einer Szene einer Ballonaktion, vermutlich der KgU

Satz: Kerstin Ortscheid, Berlin

ISBN 978-3-86284-027-4

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1 Entstehung und Entwicklung der Ostbüros	11
1.1 Die deutsche Teilung und das Parteiensystem	11
1.2 Anfänge der Ostbüros	29
1.2.1 Entstehung des SPD-Ostbüros – Exkurs zum Werdegang von Stephan Thomas	32
1.2.2 Beginn der Arbeit des CDU-Ostbüros – Fortsetzung der illegalen SPD-Ostarbeit	51
1.2.3 Föderalistischer Anfang bei den Liberalen	55
1.2.4 Aufbau der Ostbüros vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der Parteien in der SBZ	56
1.2.5 Finanzierung der Ostbüros	62
1.3 Mitarbeiter und Vertrauensleute der Ostbüros	67
1.4 Verfolgung und Verhaftungen	82
1.5 Aufbau von Außenstellen	94
2 Aufgaben der Ostbüros	113
2.1 Flüchtlings- und Häftlingsbetreuung	113
2.2 Informationsbeschaffung	117
2.3 Publikationstätigkeit	119
2.4 Ballonaktionen	129
2.5 Besondere Aktionsformen	136
2.6 Sabotage- und Gewaltvorwürfe	139
3 Aktivitäten der Staatssicherheit	143
3.1 Der 17. Juni 1953 als Katalysator	143
3.2 Lockungen und Psychoterror	156
3.3 Infiltrationen	160
3.4 Entführungen	172
3.5 Weitere „aktive Maßnahmen“ im Westen: Zersetzungsmassnahmen, Einbrüche und Brandanschläge	195
3.6 Anmerkungen zum Ausmaß der Verhaftungen in den fünfziger Jahren	206

4	Das Verhältnis der Ostbüros untereinander und zu vergleichbaren Organisationen	209
5	Das Ende der Ostbüros	213
5.1	Früher Niedergang bei der FDP	213
5.2	Das SPD-Ostbüro im Konflikt mit Wehner und der Entspannungspolitik	226
5.3	Schleichender Bedeutungsverlust bei der CDU	235
	Schlußbemerkungen	239
	Anhang	245
	Abkürzungsverzeichnis	245
	Literaturverzeichnis	248
	Personenregister	254
	Angaben zum Autor	260

Vorwort

Als Wilhelm Lohrenz, Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes, am 18. November 1946 im brandenburgischen Finsterwalde verhaftet wurde, schien nichts auf eine große Bedeutung dieses Falles hinzuweisen. Zu Tausenden wurden in jenen Jahren in der Sowjetischen Besatzungszone Systemgegner, angebliche oder tatsächliche Kriegsverbrecher und Nazi-Werwölfe, Spione oder wen man auch immer dafür hielt, verhaftet.

Und so hörte man anderthalb Jahre nichts mehr von Lohrenz, wie von vielen Häftlingen der sowjetischen Geheimpolizei auch, deren Angehörige nicht wußten, ob sie noch lebten. Erst im Zuge der Stalinisierung der SED, der Umformung der paritätisch aus ehemaligen SPD- und KPD-Genossen besetzten Partei in eine leninistische Kaderpartei, wurde Lohrenz buchstäblich wieder aus dem Keller geholt. Am 16. Juni 1948 zwang man ihn, ein Geständnis zu unterschreiben, das anschließend in zahlreichen Zeitungen der SBZ veröffentlicht wurde. Darin beschuldigte er sich und das Ostbüro der SPD der Spionage. Tatsächlich hatte Lohrenz nie im Ostbüro gearbeitet, er war vor seiner Tätigkeit für die Briten Sekretär des Berliner Landesvorstandes gewesen. Doch mit seiner Verhaftung hatten die Sowjets erstmals einen Sozialdemokraten in der Gewalt, der sich gut in der Berliner Parteiführung auskannte. Und so wurde sein „Geständnis“ zu einem der ersten großangelegten Täuschungsmanöver sowjetischer und deutscher Kommunisten im Kampf gegen die Ostbüros der westdeutschen Parteien, es war aber keineswegs das letzte.

Die Ostbüros, politische Widerstandsorganisationen im Kampf gegen die kommunistische Diktatur und Stabsstellen des Kalten Krieges, haben in der Wissenschaft bis heute eher wenig Resonanz gefunden, die Tätigkeit der Ostbüros ist selbst in Kreisen der jeweils eigenen Partei kaum bekannt. Ursache hierfür ist sicherlich, daß die lange zurückliegende Tätigkeit in der Zeit der Ost-West-Entspannung verdrängt wurde.

Die Ostbüros müssen mit ihrer Tätigkeit in die Widerstandsarbeit einer ganzen Reihe von parteigebundenen, gewerkschaftlichen oder halbstaatlichen Organisationen eingeordnet werden. Zu nennen sind hier die Ostbüros der anderen Parteien BHE, DP und FVP sowie vor allem der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (UFJ) und die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Sie alle arbeiteten notgedrungen von westlichem Territorium aus, ihre politischen Wurzeln hatten die meisten Mitarbeiter aber in der SBZ/DDR.

Wie in den anderen Widerstandsorganisationen sah die Staatssicherheit in den Ostbüros der Parteien eine große Gefahr; „sie auszuspähen und ihre (vermeintlichen) Verbindungsmänner ausfindig zu machen, zählte zu den Hauptaufgaben des MfS in jenen Jahren.“¹ So blieben die Anhänger des westlichen Parteiensystems im Osten nicht von schwerer Verfolgung verschont; viele Mitarbeiter und Vertrauensleute bezahlten ihre Arbeit gegen die SED und die gleichgeschalteten Führungen der Blockparteien mit langjähriger Haft, manche gar mit dem Tod.

Das Projekt, die Tätigkeit der Ostbüros von SPD, CDU und FDP vergleichend zu erforschen, war bei der DFG beantragt worden, um Aufbau und Arbeitsweise, vor allem aber die unterschiedlichen Entwicklungen der jeweiligen Ostbüros darstellen zu können. Das Zustandekommen dieses Buches verdanke ich vielen Personen, die mich tatkräftig unterstützt haben. In erster Linie ist hier Prof. Dr. Wilhelm Bleek zu nennen, der schon bei meiner Promotion zum Thema Ostbüro der SPD manche Tür öffnete und auch bei diesem DFG-Projekt nicht nur an den wissenschaftlichen Fakten, sondern auch an einer positiven Arbeitsatmosphäre interessiert war.

Zu danken habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Archive, allen voran Frau Margrit Naujoks und Frau Karin Stechel von der Behörde des Bundesbeauftragten in Berlin. Manch nützlichen Fingerzeig verdanke ich Herrn Karl Wilhelm Fricke, Köln, Herrn Wolfgang Schollwer, Bonn, und Prof. Dr. Hermann Weber, Mannheim.

1 Suckut: Ost-CDU und LDPD (1994), S. 109.

Einleitung

Die Ostbüros der westdeutschen Parteien haben – wie auch andere vergleichbare antikommunistische Widerstandsorganisationen – lange Zeit ein Mauerblümchendasein in der Wissenschaft gefristet. Erst 1984 gab Karl Wilhelm Fricke einen ersten Überblick über die Tätigkeit des SPD-Ostbüros.¹ Das Informationsdefizit im Hinblick auf die Tätigkeit der westdeutschen Parteien in der SBZ/DDR beruht vor allem auf der konspirativen Arbeitsweise, welche die Ostbüros aus Angst vor Verfolgung zunächst durch sowjetische Stellen und durch die Politische Polizei der SBZ, die Dezernate K 5, sowie später durch die Staatssicherheit der DDR pflegen mußten. Erst jetzt sind, neben den Archivalien aus dem Bestand des MfS und der SED, auch die Überlieferungen der Ostbüros in den Parteiarchiven weitestgehend zugänglich.

Die Hinterlassenschaft des Kalten Krieges wird somit erst relativ spät und zudem gleichzeitig von Wissenschaftlern und Journalisten aufgearbeitet.² Wenig haben bisher die Parteien selbst, die vor Jahrzehnten Ostbüros gegründet haben, zur Aufhellung dieses Teils ihrer eigenen Geschichte beigetragen. Hier mögen noch verschiedene Ängste und Aversionen aus der Zeit vor 1989 eine Rolle spielen. Zwar hat sich die Beschäftigung mit der Verfolgung von Sozial- und Christdemokraten in der SBZ/DDR seit dem Ende des SED-Regimes intensiviert, die organisierte Widerstandsarbeit der Ostbüros stand dabei aber nicht im Vordergrund.³ Offener als noch zu Jahren des Ost-West-Gegensatzes sind jedoch heute die Parteiarchive, die sich in Stiftungshand befinden.

Bei den Anhörungen der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages spielten die Ostbüros keine große Rolle. Diese Thematik wurde, wie auch andere heikle Themen, etwa die Tätigkeit von V-Leuten des BND in der DDR, aus der Bestandsaufnahme ausgeklammert.⁴ Von den Hauptakteu-

1 Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR (1984), S. 37–42.

2 Erhebliche neue Erkenntnisse über die KGU konnte die Filmemacherin Erika Fehse zutage fördern. Vgl. Bomben, Gift und Reifentöter. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Filmmanuskript o. O., o. D., zit. bei: Fricke; Engelmann: Konzentrierte Schläge (1998), S. 83–88.

3 Siehe u. a. für die CDU: Richter: Ost-CDU (1991) und Kaff (Hg.): Gefährliche politische Gegner (1995); für die SPD: Bouvier; Schulz: Sozialdemokraten (1991) und Bouvier: Ausgeschaltet (1996).

4 Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. 18 Bde., Baden-Baden 1995.

ren der Ostbüros haben nur wenige autobiographische Schriften veröffentlicht. Wissenschaftlich am wertvollsten ist die kurze Darstellung von Wolfgang Schollwer über das FDP-Ostbüro.⁵ Helmut Bärwald, der lange im SPD-Ostbüro beschäftigt war und von diesem 1971 im Unfrieden schied, brachte 1991 eine Darstellung heraus, in der es weniger um die Aktionen des Ostbüros als um seine Interpretation der Auflösungsgeschichte ging, die er mit Angriffen auf den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wehner und die Entspannungspolitik verband.⁶

Daß es auch lange nach Beendigung des Kalten Krieges noch Darstellungen gibt, deren Inhalt sich fast ausschließlich auf Propagandamaterial stützt und jeder wissenschaftlichen Analyse Hohn spricht, belegen Werke jüngeren Datums von Klaus Huhn⁷ und Peter Ferdinand Koch⁸. Koch, der sich den Anschein gibt, im Geheimdienstmilieu zu Hause zu sein, stützt sich überwiegend auf Propagandabroschüren des sowjetischen und des DDR-Geheimdienstes und illustriert sie mit eigenen Geschichtchen. Auch Huhn schreibt alte Propagandapublikationen der SED fort und irrt selbst bei einfachsten Namensnennungen; eine vorurteilsfreie Beschäftigung mit der neueren Forschung ist nicht erkennbar.

Von dieser Form der Geschichtsklitterung heben sich einige Autoren wohlthuend ab. Sie arbeiten an zeitgeschichtlichen Themen, die zumindest am Rande mit dem Ostbüro zu tun haben. Zu nennen ist hier insbesondere Michael Herms mit seinen vorzüglichen Biographien von Heinz Lippmann und Robert Bialek.⁹

Die Geschichte der Ostbüros spiegelt die politische Situation im geteilten Deutschland der frühen Jahre wider. Divergierende Wiedervereinigungsstrategien bei den Parteien, unterschiedliche Organisationsstrukturen und Motive für die Gründung entsprechender Organisationen und verschiedene Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind herauszuarbeiten. Von besonderem Interesse ist die Frage nach dem effektiven Einfluß der Ostbüroaktivitäten auf die Deutschen in der SBZ/DDR und die Erklärung ihres Bedeutungsverlustes ab Ende der fünfziger Jahre. Welche Faktoren spielen hier die entscheidende Rolle? Fehler in der konspirativen Arbeit, die Neuorientierung der Deutschlandpolitik der Parteien oder schlichtweg personelle Gründe? Die Untersuchung zu Entstehung und Entwicklung der Ostbüros soll neue Einblicke in die frühe Parteiengeschichte des geteilten Deutschlands bieten und zum Verständnis sowohl der Entwicklung des Kalten Krieges als auch des Widerstandes in der SBZ/DDR beitragen. Die Thematik liegt gewissermaßen an der Schnittstelle dieser drei großen Themenbereiche, wodurch dieses bisher vernachlässigte Kapitel deutsch-deutscher Geschichte einen besonderen Reiz erhält.

5 Schollwer: Staatssicherheit und FDP-Ostbüro (1996), S. 100–106.

6 Bärwald: Ostbüro der SPD (1991).

7 Huhn: Zwangsvereinigung (1996).

8 Koch: BRD contra DDR (1994).

9 Herms: Heinz Lippmann (1996); Herms; Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek (1997).

1 Entstehung und Entwicklung der Ostbüros

1.1 Die deutsche Teilung und das Parteiensystem

Die Gründung und Tätigkeit der Ostbüros der Parteien kann nur vor dem Hintergrund der politischen Situation im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit verstanden werden. Die Ostbüros entstanden aus der jeweiligen Situation der Parteien im Westen und aus der speziellen Unterdrückungssituation ihrer Schwesterparteien und Anhänger im Osten. Widerstand in der SBZ und frühen DDR entwickelte sich in der Suche nach der stärkenden Kraft der Gemeinschaft, im Versuch, sich den Zugriffen der SED, einer machtbesessenen Partei, die sich im Bunde mit der alles beherrschenden Besatzungsmacht befand, durch das Bilden eigener Gruppierungen zu entziehen und politische Gegenaktivitäten zu entwickeln.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bildeten sich in allen vier Besatzungszonen sofort wieder politische Zirkel aus Personen, die vor 1933 auch schon in Parteien organisiert waren. Während die bürgerlichen Parteien sich und ihre Führung neu formieren mußten, hatte die SPD zwischen 1933 und 1945 durchgehend einen Exilvorstand besessen, der sich zunächst in Prag, später in Paris und in den Kriegsjahren in London befand.

Als erste Besatzungsmacht ließ am 10. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in ihrer Besatzungszone politische Parteien zu. Durch den „Befehl Nr. 2“ gestattete sie die Gründung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften, obwohl ihre Zulassung eigentlich erst ein Gesprächsthema auf der anstehenden Potsdamer Konferenz sein sollte. Schon am 11. Juni wurde in Berlin die KPD gegründet; vom Ziel der Errichtung einer kommunistischen Diktatur nahm sie in ihrem ersten Aufruf Abstand. Während in Berlin aus Moskau eingeflogene Kader den Ton angaben, bestimmten in den mittleren Zentren der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nichtexilierte Kommunisten das politische Geschehen, oftmals aktive Widerstandskämpfer, von denen viele im Gefängnis oder im KZ gewesen waren.

Gleichfalls in Berlin konstituierte sich am 15. Juni der „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei“, der sich zunächst auf die Arbeit in der Stadt selbst beschränkte. Vier Tage später bildeten die Genossen einen geschäftsführenden Vorstand, der sich für alle vier Besatzungszonen zuständig fühlte und dem als gleichberechtigte Vorsitzende Otto Grotewohl, Max Fechner und Erich Gniffke angehörten, allesamt Sozialdemokraten, die die NS-Zeit in

Deutschland verbracht hatten. Am selben Tag trafen sich in Berlin je fünf Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei zu einem Gespräch, in dessen Verlauf die KPD-Delegation unter Führung von Walter Ulbricht eine Verschmelzung beider Parteien zu einer einheitlichen Arbeiterpartei vehement ablehnte.¹ Regional gab es in der SBZ hingegen eine vielfältige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, beispielsweise in den sogenannten Antifa-Komitees, wo auch bürgerliche Politiker mitwirkten. Es kam sogar verschiedentlich zur Gründung gemeinsamer Parteien, deren Tätigkeit jedoch schnell von der sowjetischen Besatzungsmacht beendet wurde.²

Auch bürgerliche Parteien konstituierten sich in der SBZ rasch, eine christliche und eine liberale Partei. Das katholische Zentrum hatte historisch gesehen im Gebiet der sowjetischen Besatzung nie eine politische Basis gehabt. Protestantisch-konservative, auch reaktionäre Gruppen waren im Norden und Osten des sowjetischen Besatzungsgebiets in der Weimarer Republik erfolgreich gewesen. Sie konnten jedoch kaum die Grundlage einer erneuerten Zentrumspartei, einer christlichen Volkspartei, bilden. So schien hier der neugegründeten CDU eine weniger erfolgreiche Arbeit beschieden zu sein als ihrem westdeutschen Pendant, das sich auf starke katholische Kräfte, auch etwa in der Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr, stützen konnte. Zahlreiche Gründungsmitglieder der CDU in der SBZ kamen aus dem Widerstand gegen Hitler, allen voran Andreas Hermes und Jakob Kaiser;³ andere stammten aus den liberalen Parteien der Weimarer Republik. Die Berliner Führung der CDU, der im übrigen kaum Berliner angehörten, fühlte sich für Gesamtdeutschland zuständig, also für alle vier Besatzungszonen. Sie konnte diesen Anspruch gegenüber den anderen Gründungszentren jedoch nicht durchsetzen. So blieb ihre Vorreiterrolle auf die Durchsetzung des Namens der neuen Partei beschränkt, den auch die anderen christlichen Gruppierungen beim „Reichstreffen“ Mitte Dezember 1945 in Bad Godesberg akzeptierten.⁴

Die ostdeutsche CDU wurde, wie auch die LDPD und die SPD bereits kurz nach ihrer Gründung, zum Eintritt in die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ genötigt, aus der 1949 der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ wurde, anders wäre eine weitere – wenn auch eingeschränkte – politische Tätigkeit der CDU nicht möglich gewesen. Im Block waren die zugelassenen Parteien der SBZ zusammengeschlossen, um gemeinsam auf allen regionalen Ebenen die politische Arbeit zu diskutieren und einvernehmlich zu beschließen. Diese Zusammenarbeit bedeutete jedoch keineswegs Chancengleichheit. Es kam auf allen Ebenen zu Behinderungen der SPD und der bürgerlichen Parteien.

1 Vgl. Gniffke: Jahre mit Ulbricht (1966), S. 84 f.

2 Hierzu als jüngste Darstellung Naimark: Russen in Deutschland (1999).

3 Agethen: CDU in der SBZ/DDR 1945–1953 (1994), S. 47 ff.

4 Vgl. Kaff (Bearb.): Unionsparteien 1946–1950 (1991), S. X.

Andreas Hermes, erster CDU-Vorsitzender neben Walther Schreiber, stand den Blockbestrebungen ablehnend gegenüber und war vor allem nicht bereit, die entschädigungslose Enteignung in der Landwirtschaft (sowie die Art ihrer Durchführung) zu akzeptieren, obgleich beide grundsätzlich der Bodenreform in der SBZ positiv gegenüberstanden. Dies führte am 18. Dezember 1945 zur Absetzung der beiden Vorsitzenden; einen „freiwilligen“ Rücktritt hatten sie verweigert.

Die Liberaldemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin empfanden sich weitgehend als Nachfolger der DDP, also der nach heutigem Verständnis eher links- als nationalliberalen Partei der Weimarer Republik. Viele der Gründerväter der LDPD kamen wie der erste Vorsitzende Wilhelm Külz aus dieser Partei, während andere bekannte DDP-Mitglieder der Weimarer Republik, so Walther Schreiber, Ernst Lemmer und Otto Nuschke, in Berlin die „Demokratische Union“ mitgründeten bzw. ihr früh beitraten, aus der später die Christlich Demokratische Union wurde.⁵ Die beiden ehemaligen Reichsminister Wilhelm Külz und Eugen Schiffer erarbeiteten mit anderen den Gründungsauftrag der LDPD⁶, der am 5. Juli 1945 vom Vorstand und Hauptausschuß unterzeichnet und am 3. August in der neuen Parteizeitung „Der Morgen“ veröffentlicht wurde. Dieser enthielt konservative politische Forderungen, etwa die Sicherung der freien Wirtschaft und des Privateigentums oder auch die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Wie bei der CDU verstand sich der Berliner Führungskern der LDPD nicht als regionale Leitung, sondern fühlte sich für ganz Deutschland zuständig.⁷ Ein eigener Landesverband für Groß-Berlin wurde erst am 21. September 1945 ausgliedert.

Sowohl die Zonenpartei als auch der Berliner Landesverband hatten mit einer großen Personalfuktuation zu kämpfen. Der erste LDPD-Zonenvorsitzende, Waldemar Koch, Schwiegersohn von Eugen Schiffer, wurde von den Sowjets schnell aus seinem Amt gedrängt. Grund war Kochs ablehnende Haltung zur Bodenreform.⁸ Die SMAD erreichte die Ablösung, indem sie der Partei weitere Zeitungslizenzen nur für den Fall eines Abtretens von Koch in Aussicht stellte. Bereits am 4. Februar 1946 wählten die Liberalen daher den langjährigen Dresdener Oberbürgermeister Wilhelm Külz⁹ zum neuen Vorsitzenden. Noch prekärer stellte sich die Situation im Berliner Landesverband dar: Innerhalb des ersten Jahres seiner Existenz wechselte der Landesvorsitzende drei Mal. Erst mit der Wahl von Carl-Hubert Schwennicke, in

5 Vgl. Papke: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 1945–1952 (1994), S. 28.

6 Um eine einheitliche Bezeichnung zu gewährleisten, wird die vor dem 27.10.1951 als LDP bezeichnete Partei durchweg als LDPD abgekürzt.

7 Vgl. Berlin, Quellen und Dokumente. 1. Halbband, Berlin 1964, S. 997 ff.

8 Vgl. Suckut: LDP(D) in der DDR (1996), S. 31. Vgl. auch Sommer: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (1996), S. 44.

9 Zur Biographie von Külz siehe Krippendorff: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 1945/48 (1961), S. 45–54.

der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) und Sekretär Gustav Stresemanns, am 8. August 1946 beruhigte sich das Personalkarussell. Schwennicke blieb bei den Liberalen Berlins die bestimmende Kraft und repräsentierte Kontinuität auch dadurch, daß er ab Oktober 1946 Vorsitzender der Stadtratsfraktion wurde. Schon hier begann ein Kesselstreben gegen ihn: Am 16. Oktober brachte zunächst die „Berliner Zeitung“ einen Bericht über „Schwennicke als Gestapoagent“, einen Tag später folgten die meisten anderen SED-Zeitungen.¹⁰

Wesentlich mehr Zeit nahm die Bildung der Parteien in den Westzonen in Anspruch. Im Mai 1945 richtete der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher in Hannover ein später nach ihm benanntes Büro ein, in dem sich ohne Genehmigung der britischen Besatzungsmacht Sozialdemokraten aus der Stadt und ihrer Umgebung zusammenfanden. Auch an anderen Orten entwickelten sich so in den folgenden Wochen Parteiorganisationen auf kommunaler Ebene. Schumachers Büro wurde mit der Zeit zur Schaltzentrale der SPD in der britischen und amerikanischen Zone, er selbst zur „absolut dominierenden Führungsfigur der SPD“.¹¹

Um die Inhalte ihrer künftigen Politik aufeinander abzustimmen, trafen sich am 5. und 6. Oktober 1945 Sozialdemokraten aus allen Besatzungszonen mit Sozialdemokraten aus dem britischen Exil in Wennigsen bei Hannover. Auf Intervention der französischen Besatzungsmacht mußten sie ihr ursprünglich geplantes Konferenzprogramm stark einschränken; diese Obstruktionspolitik Frankreichs, die auch in der Folgezeit noch anhielt, sollte für die organisatorische Entwicklung der SPD Auswirkungen haben. Zwei Wochen vor der Konferenz hatte Wilhelm Pieck (KPD) die Vereinigung von SPD und KPD gefordert und damit eine überraschende Kehrtwendung vollzogen, die in der Partei Irritationen auslöste. Die Teilnehmer der Konferenz von Wennigsen erklärten daraufhin übereinstimmend, diese Frage stehe zur Zeit nicht zur Diskussion. Nach Konferenzschluß trafen sich am 7. Oktober Grotewohl und Schumacher in Hannover, um zu klären, wer nun eigentlich die SPD in Deutschland vertrete; darauf hatten zuvor sowohl das Büro Schumacher als auch der sozialdemokratische Zentralausschuß in Berlin Anspruch erhoben. Bis die Zonengrenzen aufgehoben würden, so einigten sich die beiden, sollte der Zentralausschuß die Sozialdemokraten in der SBZ einschließlich Berlin führen, Kurt Schumacher hingegen sollte der höchste Repräsentant der Partei in den drei Westzonen sein. Gleichzeitig vereinbarten Grotewohl und Schumacher, ihre Politik so weit wie möglich miteinander abzustimmen.¹²

10 Vgl. „LDP-Führer war Nazi“. In: Sächsische Zeitung v. 17.10.1946, S. 1.

11 Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung (1986), S. 227.

12 Gniffke sieht dies in seinen Erinnerungen anders und betont, der Zentralausschuß in Berlin sei auch für die Westzonen-SPD zuständig gewesen. Gniffke: Jahre mit Ulbricht (1966), S. 96 f.

Hatte der Berliner Zentralaussschuß noch Mitte 1945 die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse gefordert, so war er bis zur Konferenz von Wennigsen von dieser Position abgerückt und hatte sich in dieser Frage Schumacher und der Westzonen-SPD genähert. Grund war sicherlich auch das Bewußtsein der eigenen Stärke: Schon im September 1945 hatte Grotewohl ungeniert einen Führungsanspruch der SPD in der SBZ angemeldet, „der von der KPD als ernstes Warnsignal für ihre eigenen Machtansprüche wahrgenommen wurde“.¹³ Dieses Selbstbewußtsein, das zudem noch durch erhebliche Mitgliederzuwächse untermauert wurde,¹⁴ veranlaßte die KPD, nunmehr auf eine Fusion mit der SPD zu drängen. Mitbewirkt wurde der Stimmungsumschwung durch die vernichtende Wahlniederlage der Kommunisten in Österreich am 4. November 1945 und das schlechte Image der Partei in der Bevölkerung. Diese sah in den KPD-Kadern „zunehmend Tyrannen und Handlanger“.¹⁵ Pieck forderte am 9. November zum 27. Jahrestag der Novemberrevolution die baldige Vereinigung von SPD und KPD, einen Monat später schrieb er über den in dieser Frage stark opponierenden Vorsitzenden der West-SPD: „Schumacher tritt als *Volksschädling* auf“.¹⁶ Eine lediglich in der SBZ zu vollziehende Einheit schien möglich, da die Sozialdemokraten in West und Ost auf ihrer Konferenz von Wennigsen keine gemeinsame Organisationsplattform gefunden hatten und politisch wie persönlich voneinander abrückten.

Doch nicht nur die West-SPD war gegen eine Vereinigung. Schon am 11. November distanzierte sich auch Otto Grotewohl von diesem Ansinnen. Eine zonenmäßige Vereinigung würde die Vereinigung im Reichsmaßstab, die man zu wollen vorgab, nicht fördern. Fünf Wochen später, am 20./21. Dezember 1945, trafen sich je 30 Sozialdemokraten und Kommunisten zur sogenannten „Sec hziger-Konferenz“. Grotewohl, inzwischen zur unbestrittenen Führungsfigur im Zentralaussschuß aufgestiegen, kritisierte dabei die privilegierte Stellung der KPD im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Einen sofortigen Zusammenschluß von SPD und KPD sah auch die Entschließung dieser Konferenz nicht vor. Dennoch kündigte sich dieser schon Tage später an. Aus der gesamten SBZ erhielt der Berliner Zentralaussschuß Berichte über – teils zwangsweise herbeigeführte – Vereinigungsbeschlüsse auf Orts- und Kreisebene. Selbst SPD-Bezirksvorsitzende, so Otto Buchwitz in Sachsen, Heinrich Hoffmann in Thüringen und Carl Moltmann in Mecklenburg-Vorpommern, verlangten die Zusammenführung von SPD und KPD. „Wenn in Berlin die Vereinigung nicht zustandekäme“, so schied Ernst Thape die Position des Pro-Einheits-Flügels, „würden sie sich in ihren Be-

13 Malycha: Partei von Stalins Gnaden (1996), S. 41.

14 Vgl. Naimark: Russen in Deutschland (1999), S. 322.

15 Ebenda, S. 324.

16 Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck v. 28.10.1966; SAPMO-BA, NY 4036/639, Bl. 3.

zirken regional mit den Kommunisten zusammenschließen und dann mit den Vereinigungswilligen in den anderen Ländern eine eigene SED-Zentrale schaffen. [...] Da gab es für unseren Widerstand überhaupt keine Operationsbasis mehr, sondern nur noch persönliche Resignation.“¹⁷

Der Zentralausschuß befand sich in einem Dilemma. Am 15. Januar 1946 beschloß er, eine Vereinigung könne nur im gesamten Reich vorgenommen werden. Auch bei künftigen Wahlen müßten beide Parteien mit getrennten Listen antreten; ein „Bruderkampf“ solle allerdings unterbleiben. Die Zensur sorgte aber dafür, daß der Beschluß totgeschwiegen wurde; Zeitungen in Dresden, die dennoch darüber berichteten, mußten wieder eingestampft werden.¹⁸ Am folgenden Tag lud Oberst Sergej Tulpanow von der Sowjetischen Militäradministration Mitglieder des Zentralausschusses und der KPD zu sich und trug ihnen die nächsten Schritte der sich auf sowjetischen Druck hin an der Basis bereits vollziehenden Vereinigung der beiden Parteien vor.

Dieser Vereinigungstrend und namentlich der sowjetische Druck, der dahinter deutlich zu spüren war, sorgten im Büro Schumacher für helle Aufregung, zumal immer mehr sozialdemokratische Flüchtlinge in Hannover eintrafen, die sich den politischen Vorgaben der Besatzungsmacht nicht beugen wollten. Am 8. Februar 1946 trafen sich in Braunschweig Kurt Schumacher und Herbert Kriedemann mit Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf. Deren Schilderung der Ereignisse in der SBZ übertraf die Befürchtungen der Westzonen-Genossen bei weitem. Eine Vereinigung, so erklärten Grotewohl und Dahrendorf, lasse sich nicht mehr verhindern – auch dann nicht, wenn sich der Berliner Zentralausschuß gegen den Zusammenschluß wende. Schumacher legte Grotewohl daraufhin nahe, die Ost-SPD aufzulösen, wie es dieser in Wennigsen versprochen hatte.¹⁹ Das sei nicht machbar, meinte Grotewohl, er wolle aber zumindest versuchen, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern den demokratischen Charakter der künftigen Einheitspartei zu sichern. Diese Zusammenkunft wurde für Schumacher zum Ausgangspunkt für die Gründung einer „Untergrundorganisation“, der ersten ihrer Art nach dem Krieg, in Anknüpfung an alte sozialdemokratische Traditionen, die sich im Kaiserreich und in der NS-Zeit bewährt hatten. Entsprechend äußerte er sich bei einem Abendessen, das der politische Berater des britischen Oberbefehlshabers in Berlin, William Strang, am 22. Februar 1946 für ihn gegeben hatte. Jener telegraphierte tags darauf an das Londoner Außenministerium: „Sein Plan scheint zu sein, Kontakt zu einer Untergrundorganisation in der Einheitspartei zu halten, wofür er bereits Vorbereitungen trifft.“²⁰

17 Thape: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold (1969), S. 247 f.

18 Vgl. dazu und zum folgenden Gniffke: Jahre mit Ulbricht (1966), S. 129 bzw. 138.

19 Vgl. hierzu Ansprache Schumachers im RIAS, Juni 1951. DLR-Tonarchiv Berlin, Kopie im Besitz des Autors.

20 William Strang an das Foreign Office, Telegramm Nr. 252, Public Record Office, No. C 2197, Foreign Office No. 371. Mein Dank gilt Bert Becker, der dieses Dokument aufstöberte.

Wenig später erklärte sich Grotewohl mit einem auf die SBZ beschränkten SPD-Parteitag einverstanden, der die bevorstehende Vereinigung beschließen sollte. Nach der Absetzung der CDU-Führungsspitze einige Wochen zuvor und der Auswechslung der ersten LDPD-Führung unter Waldeemar Koch im November 1945 war ihm wohl klar, was auf den Zentralausschuß im Falle einer Weigerung zukommen würde. Schumacher reiste daraufhin Ende Februar nach Berlin, um zu erkunden, ob der Zentralausschuß bereit sei, in den Westsektoren Berlins eine eigenständige SPD aufrechtzuerhalten und die ostdeutsche SPD aufzulösen. Beides wollte der Zentralausschuß nicht, worauf Schumacher jeden Kontakt zum Zentralausschuß abbrach.²¹ Damit begründete er eine Haltung der SPD zur SED, die später als „sozialdemokratische Hallstein-Doktrin“ bezeichnet wurde: Die Westzonen-SPD unterband zukünftig jeden Kontakt von Parteigliederungen der SPD zur SED. Betroffen waren davon auch Kontakte auf Länderregierungsebene, etwa Zusammenkünfte der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder.²²

In den Berliner Westsektoren formierte sich unter Führung der Zentralausschußmitglieder Karl Germer senior und Fritz Neubecker eine Opposition gegen die Vereinigung. Sie forderten eine Urabstimmung, die dann – gemäß der mittlerweile nicht mehr aktuellen Beschlußlage des Zentralausschusses vom 15. Januar 1946 – am 31. März 1946 abgehalten wurde, allerdings nur im Westteil der Stadt. Das Ergebnis war deutlich: 82,2 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten lehnten eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD ab, 62,1 Prozent befürworteten hingegen ein Bündnis, „welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt“.²³ Der am 20. und 21. April 1946 im Berliner Admiralspalast tagende Vereinigungsparteitag beschloß die Gründung der SED bei insgesamt nur 21 Neinstimmen; die Gegner opponierten unter der Führung von Fritz Drescher.²⁴ Der erste gemeinsame Parteitag von Ost-SPD und KPD am 21./22. April 1946, der den Zusammenschluß besiegelte, war formell gesamtdeutsch, da 230 der 1 055 Delegierten aus den westlichen Besatzungszonen kamen. Tatsächlich waren unter den 548 Delegierten des SPD-Parteitages auch 103 aus den Westzonen;²⁵ darunter acht SPD-Mitglieder, die allerdings ohne Mandat und nur deshalb dabei waren, weil Grotewohl sich nicht an die mit Schumacher in Wennigsen vereinbarte Abgrenzung der Interessenssphären gehalten hatte.

Daraufhin bildete sich in den Westsektoren Berlins eine eigenständige SPD, die am 31. Mai in allen vier Sektoren zugelassen wurde, im Gegenzug zur Zulassung der SED auch im Westteil der Stadt. Bereits am 18. April hatte

21 Gniffke schildert die Besprechung etwas anders. Die Frage einer selbständigen SPD in den Berliner Westsektoren erwähnt er nicht. Vgl. Gniffke: Jahre mit Ulbricht (1966), S. 152 f.

22 Vgl. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung (1986), S. 187.

23 Osteroth; Schuster: Chronik der Deutschen Sozialdemokratie (1978), S. 36.

24 Vgl. Thape: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold (1969), S. 250.

25 Koch: Versuch und Scheitern (1982), S. 95 f.

der inzwischen so genannte Parteivorstand in Hannover beschlossen, den Fusionsbeschluß mit den Kommunisten in der östlichen Besatzungszone nicht anzuerkennen, da die Auswahl der Delegierten für den Vereinigungsparteitag nicht auf der Grundlage geheimer Wahlen erfolgt sei.²⁶ In Hannover ging die SPD davon aus, die SPD bestehe de facto und auch juristisch weiter – dank der Untergrundorganisation und aufgrund des Befehls Nr. 2. Hätte sich die SPD konsequent auf diesen Standpunkt gestellt, wäre ein Antrag auf Zulassung der SPD in Gesamt-Berlin überflüssig gewesen, denn hier bestand im Kleinen genau die gleiche *rechtliche* Situation wie sie im Großen für Deutschland als Ganzes galt. Einiges deutete auf eine mittelfristige Einigung der Besatzungsmächte und von SPD, SED und KPD nach diesem Berliner Muster hin, die Paul Sillat, Vorstandsmitglied der SED und Vertrauensmann des SPD-Ostbüros, im Juni 1946 folgendermaßen beschrieb: „Wahrscheinlich wird es ja sowieso ein Kompensationsgeschäft werden: Die Zulassung der SED in den anderen Zonen wird mit der Zulassung der SPD in der Ostzone verkoppelt werden.“²⁷

Diese Auffassung verkannte zwei wichtige Gesichtspunkte: Erstens konnten die Kommunisten mit der KPD in den Westzonen ohnehin ungehindert arbeiten, anders als in Westberlin, wo die Westalliierten ihre Zulassung durch die Schaffung der SED als erloschen betrachteten. Zweitens konnte es die SPD nicht riskieren, eine formelle Zulassung ihrer Partei in der SBZ zu beantragen, da sich damit die illegal arbeitenden Sozialdemokraten hätten offenbaren müssen, die für die sowjetische Geheimpolizei somit zur einfachen Zielscheibe geworden wären. Eine Wiederezulassung der SPD in der SBZ hätte eine völlige Kehrtwendung der sowjetischen Politik erfordert. 1947 gab es bei ehemaligen Sozialdemokraten dennoch Wiedergründungsüberlegungen, die mit einer fast euphorischen Stimmung einhergingen: Zuversichtlich, daß die Partei schon in Kürze wieder öffentlich politisch aktiv werden könne, wandte sich ein Sozialdemokrat aus Freital-Döhlen, Richard Netsch, im März 1947 an das Ostbüro: „Genossen, ich kann Euch nur das eine sagen, eine Atmosphäre liegt in der Luft, der Ruf und Drang nach unserer SPD ist nicht mehr zu schildern. [...] Gleichzeitig teile ich Euch mit, in Freital habe ich einen handfesten Aktionsapparat aufgebaut.“²⁸ Bereits im Februar 1947 hatte ein Parteimitglied aus Schkeuditz berichtet: „Die hiesige Ortsgruppe umfaßt schon 50 Mitglieder. Ich bitte Euch [...] um Zusendung von Mitgliedskarten und auch Marken. Diese werden regelmäßig und ordnungsgemäß von uns abgerechnet. Oder sollen wir ohne Marken arbeiten?“²⁹ Zudem, so der Genosse, brauche er Aufnahmeformulare und Werbematerial.²⁹ An die

26 Vgl. Osterroth; Schuster: Chronik der Deutschen Sozialdemokratie (1978), S. 36.

27 Protokoll der 3. Sitzung des Parteivorstandes der SED v. 18.–20.6.1946; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/004.

28 Brief v. 4.3.1947; AdsD, Ostbüro-Archiv, 394c.

29 Brief der Ortsgruppe Schkeuditz v. 5.2.1947; ebenda.

Gefahren, die mit der Ausgabe von offiziellen Parteidokumenten und Werbematerial verbunden waren, scheint dieser Sozialdemokrat nicht gedacht zu haben.

Kurt Schumacher, der im Vereinigungswillen der KPD schon früh deren Versuch gesehen hatte, zumindest im Osten Deutschlands allein die Macht zu erringen, fühlte sich durch die Berichte über Zwangsmaßnahmen der Sowjets gegen Sozialdemokraten in seiner Anschauung bestärkt. Nicht das Verlangen nach „antifaschistischer Solidarität“ bestimmte seine Haltung, geprägt hatten ihn vielmehr seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit: Das Paktieren der Kommunisten mit den Nationalsozialisten gegen die ungeliebte Republik etwa im Streik der Berliner Verkehrsbetriebe, aber auch die feindselige Haltung, die die KPD in dieser Zeit der SPD gegenüber einnahm, waren ihm noch in frischer Erinnerung. Und auch die von Stalin stammende und von führenden deutschen Kommunisten stets wiederholte Äußerung, mit der die KPD sich der Bildung einer Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten verweigerte, Sozialdemokratie und Faschismus seien „Zwillinge“, hatte Schumacher nicht vergessen.³⁰

Zum anderen hat Schumacher den Stillhalte- oder Legalitätskurs eines Großteils der Sozialdemokratie nach dem Staatsstreich in Preußen als falsch und verhängnisvoll angesehen, er war für ihn eine Kapitulation vor den Nationalsozialisten.³¹ Schumacher war nicht bereit, den demokratischen Terrain kampflos antidemokratischen Kräften zu überlassen. Insofern war es nur konsequent, daß er sich auch mit den Entwicklungen in der SBZ, mit dem „Parteistreich“ gegen die SPD, nicht einfach abfinden wollte. Da die SPD in der SBZ nun nicht mehr existierte und die SED sich anschickte, auch in den westlichen Besatzungszonen aktiv zu werden, war mit der Zwangsvereinigung auch die Übereinkunft von Wennigsen obsolet geworden, mit der beide sozialdemokratischen Führungen ihre Einflußsphären gegeneinander abgegrenzt hatten.

Nachdem die Absicht der Sowjetischen Militäradministration und der KPD erkennbar geworden war, eine Vereinigung von SPD und KPD herbeizuführen, verstärkte sich der Druck auf die Sozialdemokraten in der SBZ. Wenn gleich bis heute unklar ist, wieviel SPD-Mitglieder im Zusammenhang mit der zwangsweisen Vereinigung beider Parteien verhaftet wurden, so steht doch fest, daß viele Sozialdemokraten verfolgt wurden, die „eine Fusion mit den Kommunisten für übereilt gehalten oder grundsätzlich ablehnten“.³² Die SPD spricht von 20 000 Parteimitgliedern, die zwischen Dezember 1945 und April 1946 auf die eine oder andere Weise unter Repressalien zu leiden hatten. Viele seien gemäßregelt worden, hätten ihre Wohnungen und ihren Arbeitsplatz verloren, andere seien verhaftet und nicht wenige getötet worden.³³

30 Lübke: Kommunismus und Sozialdemokratie (1978), S. 122 ff.

31 Vgl. Moraw: Parole der Einheit (1973), S. 75 f.

32 Fricke: Warten auf Gerechtigkeit (1971), S. 69.

33 Vgl. SPD-Pressedienst v. 26.4.1962.

Zu den ersten prominenten sozialdemokratischen Opfern unter sowjetischer Besatzung gehörten die Polizeipräsidenten von Chemnitz und Berlin, Günter Schwabe und Karl Heinrich. Bei beiden kann davon ausgegangen werden, daß ihre Verhaftung auf „alte Rechnungen“ mit der KPD aus Weimarer Zeiten zurückzuführen war. Zudem war die Innen- und Sicherheitspolitik ein zu sensibler Bereich in der SBZ, als daß man ihn Sozialdemokraten überlassen durfte. Daher gehörten auch später sozialdemokratische Polizeipräsidenten zu den Verhaftungsopfern, wie 1947 Kurt Krippner aus Zwickau.³⁴ Doch auch gegen hauptamtlich im Parteiapparat tätige Sozialdemokraten richtete sich der Terror. Erich Krüger, Parteisekretär in Rostock, wurde in seinem Büro erschossen; der Parteisekretär Hermann Grünwald im November 1945 durch einen Genickschuß schwer verletzt.³⁵

In den bürgerlichen Blockparteien reifte der Entschluß zum Widerstand gegen den Kommunismus zu meist erheblich langsamer, weil der politische Spielraum dort 1946 noch längst nicht so eingeschränkt war. Als die West-SPD schon eine Widerstandszentrale und eine Flüchtlingsbetreuungsstelle für die eigenen verfolgten Parteimitglieder im Ostent plante, begannen Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die neuen Vorsitzenden der CDU der Sowjetischen Besatzungszone, erst ihre Tätigkeit. Sie führten die Partei, die eigentlich östlich der Elbe über keine verwurzelten Traditionen verfügte, bei den Kommunalwahlen im September 1946 zu einem unerwartet großen Wahlerfolg und schnell in eine Oppositionsrolle gegen die herrschende SED. Kaiser und Lemmer schafften es, „die Lücke im politischen Spektrum zu schließen, die sich nach der Vereinigung von SPD und KPD aufgetan hatte“.³⁶ „Noch bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946 konnten in zahlreichen Gemeinden CDU und LDP keine Kandidaten zur Wahl stellen, weil die örtlichen Kommandanturen die Lizenz für die Bildung einer Ortsgruppe verweigert hatten.“³⁷ Die Wahlergebnisse, vor allem die in Berlin, beflügelten den Oppositionsgeist in der gesamten SBZ, denn hier wurde erstmals deutlich, wie schwach die SED bei freien Wahlen tatsächlich abschnitt. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen einen Monat später erzielte die CDU gar ein Viertel der Stimmen, obwohl viele ihrer Kandidaten im Wahlkampf massiv behindert wurden. Selbst in der Arbeiterhochburg Berlin eroberte sie 22 Prozent der Stimmen und wurde nach der SPD, die hier zum letzten Mal frei in allen Stadtteilen kandidieren konnte, zweitstärkste Kraft. Die SED erreichte nur knapp 20 Prozent. Folge der Wahl erfolge war die stärkere Einbindung der beiden bürgerlichen Parteien in die Blockpolitik und damit ihre politische Neutralisierung: „Das Wachsen der reaktionären Bestrebungen in der

34 Bericht von Voigt v. 9.7.1947; AdsD, Ostbüro-Archiv, 391.

35 Manuskript der Rede Neumanns vor dem Europarat am 24.6.1957; AdsD, Ostbüro-Archiv, 301.

36 Ditfurth: Blockflöten (1991), S. 26.

37 Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern (1981), S. 29.

CDU und der LDP erfordert enge Zusammenarbeit mit diesen Parteien, um die reaktionären Einflüsse auf die bürgerlich-demokratischen Kräfte zurückzuschlagen.“³⁸ Der SED-Parteivorstand sprach gar von „den niedrigsten Mitteln faschistischer Propaganda und Verleumdung“,³⁹ die die bürgerlichen Parteien zu ihrem Erfolg gebracht hätten.

Die diktatorischen Tendenzen der SED, gepaart mit einer radikalen Enteignungspolitik und der allem einen Rechtsunsicherheit, liefen auf eine offene Konfrontation zwischen den Kommunisten und den bürgerlichen Blockparteien hinaus. Was im Rahmen des Zwangsvereinigungsprozesses an der SPD vorexerziert worden war, wandte man nun von seiten der späteren Staatspartei gegen CDU und LDP an, zumeist mit tatkräftiger Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht. Funktionäre, gerade auf den unteren und mittleren Ebenen, wurden behindert und bedroht;⁴⁰ die Parteiorganisation durch den Entzug von Sachmitteln in ihrer Arbeit eingeschränkt. Doch die CDU-Basis folgte der Politik ihres Führungsduos. Auf dem 2. Parteitag der Ost-CDU wurden Kaiser und Lemmer mit überragender Mehrheit wiedergewählt. In geheimer Wahl erhielt Kaiser 248 von 249 abgegebenen Stimmen, Lemmer 247 von 248.⁴¹ Alfred Sagner, Aktivist der Jungen Union in Berlin-Tempelhof, von dem später noch zu berichten sein wird, kam erstmals in den Parteivorstand. Er erhielt 203 Stimmen.

Den Widerstand der CDU gegen die willkürlichen Enteignungen hatte die SMAD Ende 1945 mit der Abspaltung von Andreas Hermes und Walther Schreiber gebrochen. Nun stellte sich das Führungsduo Kaiser/Lemmer anderthalb Jahre später mit Vehemenz gegen die sogenannte Volkskongreßbewegung. Die CDU-Parteispitze hatte im März noch mit Kurt Schumacher, Carl-Hubert Schwennicke (LDP) und Josef Müller (CSU) eine gesamtdeutsche Volksrepräsentation befürwortet,⁴² doch nachdem Schumacher wegen der Unterdrückung der SPD in der SBZ die Unterstützung versagte, verkam die Volkskongreßbewegung zu einer kommunistischen Propagandaveranstaltung, die fast ausschließlich von Parteien und Massenorganisationen der SBZ getragen wurde. Propagiertes Ziel war die Vertretung deutscher Interessen gegenüber den alliierten Mächten bei der als entscheidend angesehenen Konferenz der Siegerstaaten in London. Tatsächlich war durch die massive Beteiligung von KPD, SED und den kommunistisch dominierten Massenorganisationen des Ostens von vornherein sichergestellt, daß diese vorgeblich demokratische Interessenvertretung des gesamten deutschen Volkes schlicht zum Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik wurde.

Ähnlich wie zwei Jahre zuvor die SPD-Führung in der Vereinigungsfrage

38 Ulbricht: Strategie und Taktik der SED (1953), S. 73.

39 Agethen: CDU in der SBZ/DDR 1945–1953 (1994), S. 51.

40 Vgl. auch Beispiele in Ditfurth: Blockflöten (1991), S. 44.

41 Zum Verlauf des Parteitages vgl. Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern (1981), S. 114 ff.

42 Renger: Ein politisches Leben (1993), S. 118 ff.

durch Resolutionen, offene Briefe und vollendete Tatsachen auf regionaler und Betriebsebene unter Druck gesetzt worden war, begann nach dem SED-Parteitag vom September 1947 ein Kesseltreiben gegen den CDU-Vorstand in Berlin. CDU-Landesvorstände mußten feststellen, daß ihre eigenen Aussagen oder Erklärungen der Berliner CDU-Spitze nicht oder unvollständig abgedruckt wurden. „Die Auflagen [der eigenen Tageszeitungen] wurden durch geringere Papierzuteilungen beschränkt. [...] In dem Quartal Oktober/Dezember 1947 [...] erhielten von 700 t Papier die SED-Zeitungen 92,2 Prozent. Mit ihrer Propaganda und verfälschenden Informationen wurden auch die CDU-Mitglieder überschwemmt.“⁴³ Der Damm gegen die Volkskongreßbewegung hielt zwar, wie Gradl später schreiben sollte, jedoch beteiligten sich nach der offiziellen Kongreßstatistik trotzdem 219 CDU-Mitglieder, was rund 9,5 Prozent der Teilnehmer entsprach. Erheblich problematischer als die Anzahl der CDU-Delegierten war die Tatsache, daß ein Viertel der 20 Parteivorstandsmitglieder trotz gegenteiligen Vorstandsbeschlusses am Volkskongreß teilgenommen hatten. Dazu gehörten Nuschke und der mecklenburgische CDU-Vorsitzende Reinhold Lobedanz, beide Liberale aus der Weimarer Republik. Nuschke wurde sogar Mitglied der Kongreßleitung. Hinzu kamen Siegfried Trommsdorf, Vorsitzender der CDU in Thüringen, Leo Herwegen, CDU-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt, und Wilhelm Wolf, Vorsitzender in Brandenburg. Die SMAD hatte es vermocht, einen Teil der CDU-Führung aus der Widerstandsfront herauszubrechen,⁴⁴ so wie es Anfang 1946 gelungen war, drei der fünf Landesvorsitzenden der SPD für die Vereinigung mit der KPD zu mobilisieren und damit die vereinigungsunwillige Parteiführung in Berlin auszuhebeln. Die SPD-Führung in Berlin hatte sich dem Druck gebeugt und änderte ihre Politik; sie blieb am Ruder und verlor lediglich einige Vorstandsmitglieder – etwa Karl Germer und Fritz Neubecker –, die in den Westen gingen und von dort aus eine eigene Politik machten. Das Duo Kaiser/Lemmer hingegen beugte sich nicht und wurde dabei vom CDU-Parteivorstand unterstützt. So mußten die Landesvorstände gegen Berlin mobilisiert werden, zumal Kaiser erklärt hatte, wegen der Meinungsverschiedenheiten mit der Besatzungsmacht nicht freiwillig sein Amt aufgeben zu wollen.

Daraufhin wurden beide am 19. Dezember 1947 durch ihre eigenen Landesvorsitzenden, die unter sowjetischem Druck handelten, abgesetzt. Die SMAD entzog dem Chefredakteur der CDU-Tageszeitung „Neue Zeit“, Wilhelm Gries, die Lizenz und entließ fast den gesamten Redaktionsstab. Fortan betrachtete sie „die Vorsitzenden der sechs Landesverbände als oberste Vertretung der Partei unter dem Vorsitz von Lobedanz/Hickmann“,⁴⁵ aus der

43 Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern (1981), S. 130.

44 Die Teilnahme war für Mitglieder und Funktionäre der Union zur „eigenen Entscheidung“ freigegeben. Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU (1993), S. 65.

45 Conze: Jakob Kaiser (1969), S. 204.

kurze Zeit später der Berliner Landesvorsitzende Walther Schreiber, der am Kurs Kaisers festhielt, ausgeschlossen wurde. Die neue CDU-Führung besaß zwar keine demokratische Legitimation, sie hatte jedoch – und das war entscheidender – ein besseres Verhältnis zur SMAD.⁴⁶ Wie zuvor in der West-SPD hatte man sich in der CDU Gedanken über eine Auflösung der Ost-CDU gemacht; sie war – wie zwei Jahre zuvor bei der SPD – aber unter den in der SBZ gegebenen Bedingungen nicht durchführbar.⁴⁷

Mittlerweile konstituierte sich in Westberlin das „Büro Kaiser“, dessen Mitarbeiter sich als legitime CDU-Leitung für die SBZ und Gesamtberlin verantwortlich fühlten.⁴⁸ Jakob Kaiser, der schon gegen das NS-Regime Widerstand geleistet hatte, und Ernst Lemmer akzeptierten die Absetzung nicht, da sie sich als recht mäßig gewählte Führungsspitze der Partei verstanden. Außerdem stießen weitere Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der ostdeutschen CDU zu Kaiser. Dieser betonte Ende Dezember 1947, „daß in der Ostzone die Möglichkeit, in aufrechter Haltung den demokratischen Weg selbständiger Unionspolitik zu gehen, praktisch nicht mehr gegeben erscheint“.⁴⁹ Dies hatten die Westverbände der CDU schon früher so gesehen und deshalb den Führungsanspruch der Berliner abgelehnt, ohne einen eigenen Anspruch auf die Vertretung der sowjetzonalen Christdemokraten erheben zu können. Wie die zweite Gründungszentrale der SPD unter Kurt Schumacher in Hannover die Führung der eigenen Partei durch einen im kommunistischen Machtgebiet befindlichen Parteivorstand ablehnte, gab es auch in der westdeutschen CDU große Vorbehalte gegen eine Parteiführung im sowjetischen Herrschaftsbereich. So gelang es Konrad Adenauer 1947, die informelle Führungsposition in den Westzonen zu erlangen. Und der gleiche Umstand versperrte Hermes und später Kaiser die Möglichkeit, zu unbestrittenen Führungsfiguren in der deutschen Christdemokratie aufzusteigen. „So gut gemeint und ehrlich ihr Wollen war, Partei und Vorstand verfringen sich mit jedem Schritt, den sie taten, mehr in den Zwangslagen des Ost-West-Gegensatzes und den Umgarnungen des SED-Regimes.“⁵⁰

Die führenden oppositionellen Kräfte in der Ost-CDU, vor allem auf den mittleren Ebenen, wurden systematisch kaltgestellt, festgenommen und verurteilt oder ins Exil getrieben.⁵¹ Viele flohen und kamen mit Empfehlungsschreiben der Vorsitzenden ihrer CDU-Gliederung in der Tasche im Westen an.⁵² All dies geschah knapp zwei Jahre, nachdem die ersten sozialdemokrati-

46 Zeidler: Ost-CDU 1945–1989 (1996), S. 24.

47 Richter: Ost-CDU (1991), S. 39. Vgl. hierzu auch Pütz: Adenauer und die CDU (1975), S. 493 f.

48 Das Verhältnis Exil-CDU/Landesverband Berlin wurde erst auf der Sitzung des Exilvorstandes am 24.6.1950 geregelt. Vgl. Protokoll; ACDP, I 294, 69-4.

49 Erklärung von Kaiser; ACDP, III-012, 923.

50 Kleinmann: Geschichte der CDU (1993), S. 61.

51 Vgl. hierzu Richter: Geschichte der CDU der SBZ/DDR (1988), S. 49 ff.

52 Richter: Ost-CDU (1991), S. 230.

schen Flüchtlinge in Hannover eingetroffen waren. Zur Schwächung der CDU und der LDPD in der SBZ diente auch die Gründung von zwei formell unabhängigen, tatsächlich jedoch der SED völlig ergebenen Parteien, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Frühjahr 1948, letztere bis 1982 geführt von einem Altkommunisten aus der Weimarer Zeit.⁵³

Als schwierig erwies sich für SMAD und SED 1948 auch die Gleichschaltung der LDPD. Sie hatte sich unter ihrem Vorsitzenden Wilhelm Külz zunächst stärker angepaßt, ja manchmal, etwa in der Frage der Volkskongreßbewegung, geradezu opportunistisch gezeigt und leistete damit der eigenen schleichenden Gleichschaltung Vorschub. Der LDPD gelang es, in der SBZ schon bald zu einer mitgliederstarken Partei zu werden, was für eine liberale Gruppierung keineswegs selbstverständlich war. Sie versuchte ihren Einflußbereich auf die westlichen Besatzungszonen auszudehnen, vor allem nach Hessen, doch „der von der LDP-Führung vertretene Anspruch, als Reichsparteileitung eine überzonale Organisation zu repräsentieren, der sich liberale Gründungskreise in den anderen Teilen Deutschlands anschließen sollten, mußte bereits zu Beginn des Jahres 1946 zurückgenommen werden“.⁵⁴ Zwischen dem Ostzonenparteivorsitzenden Külz und dem Berliner Landesvorsitzenden Carl-Hubert Schwennicke, der sich früh an den liberalen Parteien der Westzonen orientierte, kam es bald zu einem ersten Zerwürfnis. Nach der Wiederwahl von Külz auf dem Zonenparteitag in Eisenach am 7. Juli 1947, gegen die sich die Berliner wegen Külz' Fügsamkeit gegenüber Sowjets und SED ausgesprochen hatten, zog der Landesverband seine Kandidaten für den Parteivorstand zurück; einen Monat später erklärte die sowjetische Besatzungsmacht, Carl-Hubert Schwennicke sei „untragbar“.⁵⁵

Der politische Schwebezustand, in dem Schwennicke auf Anerkennung seiner Position durch die westdeutschen Liberalen setzte, Külz hingegen auf eine Stärkung seiner gesamtdeutschen Position mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht, dauerte noch ein Jahr an. Im Westen hatte es keine einheitliche liberale Parteigründung gegeben, ein Umstand, der die Zusammenarbeit dort erschwerte, nicht jedoch die vorläufige Zusammenarbeit zwischen Ostpartei und den Westparteien. Die Demokratische Volkspartei (DVP) im Südwesten, die Partei Freier Demokraten in Hamburg, die Sozialliberale Partei im Rheinland und die Liberaldemokratische Partei in Essen schlossen sich im Frühjahr 1947 mit der LDPD der Sowjetischen Besatzungszone zur „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD) zusammen, ein Bündnis, das bis zum 18. Januar 1948 hielt⁵⁶ und auch den trügerischen Frieden zwischen SBZ-Zonenparteileitung und der Berliner Parteiorganisa-

53 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Parteien in beiden deutschen Staaten. Bonn 1983, S. 35 ff.

54 Bode: Liberal-Demokraten und deutsche Frage (1997), S. 83.

55 50 Jahre Berliner FDP (1995), S. 27.

56 Vgl. auch Bode: Liberal-Demokraten und deutsche Frage (1997), S. 88 ff.

tion ermöglichte. An der Zustimmung der LDPD zur SED-gesteuerten Volkskongreßbewegung schieden sich die Geister. Theodor Heuss, neben Wilhelm Külz gleichberechtigter Vorsitzender der Partei, teilte diesem schriftlich das Ende der gesamtdeutschen liberalen Partei mit,⁵⁷ da er diese Zustimmung für eine politische Unterwerfung hielt. Er beschuldigte Külz des Wortbruchs und sah für eine eigenverantwortlich wirkende liberale Partei in der SBZ keine Chance mehr. „Ich habe die Empfindung, daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind“,⁵⁸ schrieb er Külz in Anspielung auf Kaisers Widerstand gegen die Volkskongreßbewegung und die daraus resultierenden Konsequenzen.

Andere Führungmitglieder der LDPD vertraten durchaus abweichende politische Vorstellungen. Überlegungen zur Auflösung der eigenen Partei gab es – wie bei SPD und CDU – auch bei der LDPD, zumindest auf den mittleren Rängen. Arno Esch, Mitglied des Zentralvorstandes der Partei und einer der radikalsten Opponenten, verfocht die „demonstrative Selbstauflösung“ der Partei. „Um das zu bewerkstelligen, müsse man aber die Organisation bis zur unteren Ebene fest in der Hand haben“,⁵⁹ eine angesichts des schon verfestigten Machtsystems von SED und SMAD völlig unrealistische Bedingung. Selbst die erheblich straffer organisierte SPD war nicht in der Lage gewesen, Einheitsresolutionen und divergierende Stellungnahmen von unteren und mittleren Funktionärskreisen zu verhindern. An eine Selbstauflösung hatten – über den Kopf des Parteivorsitzenden Külz hinweg – im Mai 1948 auch andere Vorstandsmitglieder der LDPD, etwa Kastner, Mog, Damerow und Lieutenant, gedacht, doch dafür war es zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät.⁶⁰

Innerhalb der LDPD gab es Bestrebungen, neben der offiziellen Partei, die dann durchaus eine besatzungsfreundliche Politik hätte machen können, eine illegale Nebenorganisation aufzuziehen, gewissermaßen einen „zweiten Apparat“, der mit Abzug der Sowjets aus Deutschland als nicht korrumpierte liberale Partei tätig werden sollte. Zu nennen ist auch hier wiederum Arno Esch aus Rostock, der im November 1948 mit Gesinnungsfreunden eine „Radikal-Soziale-Freiheitspartei“ ins Leben rief. Sie sollte „eine Art Vorbereitungsausschuß für den Tag X sein, an dem auf dem Gebiet der damaligen Sowjetzone die freie Parteienbildung möglich sein werde“.⁶¹

Da hatten es die Berliner mit ihrer Opposition gegen Külz' Politik erheblich einfacher, waren sie doch – zu mal der nach Siemensstadt im Westen umgezogene Parteichef Carl-Hubert Schwennicke – nicht so stark dem Druck

57 Deutschlandpolitik der FDP (1972), S. 11.

58 Zit. nach: Krippendorff: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 1945/48 (1961), S. 154.

59 Köpke; Wiese: Mein Vaterland (1990), S. 79.

60 So Krippendorff: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 1945/48 (1961), S. 155.

61 Köpke; Wiese: Mein Vaterland (1990), S. 90.

der sowjetischen Militärs ausgesetzt. Wie schon zuvor bei den Abtrünnigen des SPD-Zentralausschusses und der nach Westen geflüchteten CDU-Partei-spitze organisierte sich der Widerstand gegen den kommunistischen Druck primär bei den Liberalen in den Westsektoren Berlins. Als Konsequenz der Spaltung der Demokratischen Partei Deutschlands wurden die Spannungen im Berliner Landesverband wieder stärker: Schwennicke hatte sich in der Zeit dieses gesamtdeutschen Versuchs zurückgehalten, jetzt sah er wieder eine Chance, mit Erfolg gegen Külz und dessen Appeasementpolitik gegenüber den Sowjets zu agieren. Doch auch Külz sah die Möglichkeit, Schwennicke auszubooten, indem er einfach einen neuen Berliner Landesverband gründete. In Ostberlin bildete sich im Januar 1948 daher eine Oppositionsgruppe gegen Schwennicke unter Reinhold Schwarz, angeblich ein ehemaliges KPD-Mitglied;⁶² der Zonenparteivorstand baute eine separate Landesorganisation neben der schon bestehenden auf. Am 10. Februar beschloß der LDPD-Zonenvorstand in Halle auf Antrag von Külz den Ausschluß des Landesverbandes Berlin aus der LDPD; zuständig für Berlin wurde die neugegründete Parallelorganisation. Am 26. April 1948 bildete sich hieraus eine „Arbeitsgemeinschaft der LDP Berlins“ als Ostberliner Ableger der ostzonalen LDPD.⁶³ Die Westberliner unter Schwennicke wurden hingegen zur Delegiertenkonferenz der liberalen Parteien der Westzonen am 11. und 12. Dezember 1948 in Heppenheim eingeladen und als ordentlicher Landesverband der Liberalen anerkannt; der Landesvorsitzende erhielt einen Vorstandssitz. FDP-Vorsitzender wurde Theodor Heuss, den man wegen seines schlechten Wahlergebnisses und des mangelnden Rückhaltes in der neuen Partei als eine „Verlegenheitslösung“ ansah.⁶⁴ Stellvertreter wurde Franz Blücher, Liberaler aus dem starken rechtsorientierten Verband Nordrhein-Westfalen. Am 12. Januar 1949 änderte die Westberliner LDP ihren Namen in: „FDP-Landesverband Berlin“. „Kontakte von LDP-Mitgliedern zur FDP, die nicht ausdrücklich von der Besatzungsmacht gebilligt oder gewünscht worden waren, galten von nun an als illegal. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden solche Verbindungen [...] als eine Art antisowjetische Kollaboration mit dem Klassenfeind betrachtet, vor allem, wenn es sich dabei um die Westberliner FDP Carl-Hubert Schwennickes handelte. Wer bei solchen Kontakten ertrapt wurde, konnte mit Verhaftung [...] rechnen.“⁶⁵

Nicht abgeschlossen war das Personalkarussell bei den Ost-Liberalen. Nach dem Tod von Külz im April 1948 gingen sie auf Oppositionskurs zur

62 50 Jahre Berliner FDP (1995), S. 34. Diese Mitgliedschaft ist nicht nachweisbar, Schwarz war lediglich wegen Wehrkraftzersetzung Anfang 1945 inhaftiert gewesen. Er wurde später (1948–52) Bürgermeister von Ostberlin und von Juni 1951 bis zu seinem Tod im Februar 1952 stellvertretender Vorsitzender der LDPD.

63 Hierzu ausführlich Krippendorff: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 1945/48 (1961), S. 150 ff.

64 Vgl. Hein: Weg nach Heppenheim (1989), S. 63.

65 Schollwer: Potsdamer Tagebuch (1988), S. 23.